



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

07/2024

Mitteilungsblatt / Bulletin

8. Februar 2024

**Wahlordnung
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
vom 16.01.2024**

**Election regulations
of the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)
Date: 16.01.2024**

Editor
Der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin /
The President of the Berlin School of Economics and Law
Badensche Straße 52 • 10825 Berlin
T +49 (0)30 30877-1393 • F +49 (0)30 30877-1319

Inhalt

Abschnitt I:	Geltungsbereich, Allgemeine Bestimmungen	6
§ 1	Geltungsbereich	6
§ 2	Wahlmodus	6
§ 3	Gruppenzugehörigkeit	6
§ 4	Personalisierte Verhältniswahl, Mehrheitswahl	7
§ 5	Ablauf von Fristen	7
Abschnitt II:	Wahlrecht	8
§ 6	Aktives und passives Wahlrecht	8
Abschnitt III:	Zentraler Wahlvorstand, Wahlkreise	8
§ 7	Mitglieder des Zentralen Wahlvorstands	8
§ 8	Wahlkreise	9
§ 9	Aufgaben des Zentralen Wahlvorstands	9
§ 10	Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands	9
Abschnitt IV:	Vorbereitung der Wahl	10
§ 11	Wahlzeitraum	10
§ 12	Wahlbekanntmachung	11
§ 13	Wählerinnen- und Wählerverzeichnis	11
§ 14	Wahlvorschläge	12
§ 15	Zulässigkeit von Wahlvorschlägen	12
§ 16	Stimmzettel	13
§ 17	Wahlzeitung	13
Abschnitt V:	Wahlhandlung und Feststellung des Wahlergebnisses	13
§ 18	Briefwahl	13
§ 19	Auswertung von Briefwahlumschlägen	14
§ 20	Urnenwahl, Wahlhandlungen, Hausrecht, Protokoll	15
§ 21	Elektronische Wahl	15
§ 21a	Beginn und Ende der Elektronischen Wahl	16
§ 21b	Störungen der Elektronischen Wahl	16
§ 21c	Technische Anforderungen	16

§ 22	Feststellung des Wahlergebnisses	17
§ 23	Ungültigkeit von Stimmzetteln	18
Abschnitt VI: Wahlanfechtung		18
§ 24	Wahlanfechtung	18
Abschnitt VII: Wiederholungswahlen, Mandatsnachfolge und Stellvertretung, Nach- und Neuwahlen		19
§ 25	Wiederholungswahl	19
§ 26	Nachwahl	19
§ 27	Nachwahl bei nachträglicher Veränderung der Aufbauorganisation	19
§ 28	Mandatsnachfolge und Stellvertretung	20
Abschnitt VIII: Aufbewahrung von Wahlunterlagen und Bekanntmachungen		20
§ 29	Aufbewahrung von Wahlunterlagen	20
§ 30	Bekanntmachung von Wahlinformationen	20
Abschnitt IX: Schlussbestimmungen		21
§ 31	Inkrafttreten / Außerkrafttreten / Veröffentlichung	21

Contents

Section I:	Scope, general provisions	22
§ 1	Scope	22
§ 2	Election form	22
§ 3	Membership of groups	22
§ 4	Personalized proportional representation, majority voting	23
§ 5	The expiry of deadlines	23
Section II:	The franchise	24
§ 6	The active and passive franchise	24
Section III:	The Central Election Board, constituencies	24
§ 7	Members of the Central Election Board	24
§ 8	The constituencies	25
§ 9	The tasks of the Central Election Board	25
§ 10	The office of the Central Election Board	25
Section IV:	Preparing the election	26
§ 11	The election period	26
§ 12	The announcement of the election	27
§ 13	Electors and the electoral roll	27
§ 14	Nominations	28
§ 15	The permissibility of nominations	28
§ 16	Ballot papers	29
§ 17	The election newspaper	29
§ 18	Postal votes	29
§ 19	The examination of postal vote envelopes	30
Section V:	The election and the determination of the result	31
§ 20	In-person election, the actions of voting, domestic authority, records	31
§ 21	Electronic election	31
§ 21a	Start and end of the electronic election	32
§ 21b	Disruptions of the electronic election	32
§ 21c	Technical requirements	32

§ 22	The determination of the outcome of the election	33
§ 23	Invalid ballot papers	34
Section VI:	Appeals	34
§ 24	Appeals	34
Section VII:	Repeat elections, succession to a mandate and the office of deputy, by- elections and new elections	35
§ 25	Repeat elections	35
§ 26	By-elections	35
§ 27	New elections with subsequent alteration of the organizational structure	35
§ 28	Succession to a mandate and the office of deputy	36
Section VIII:	The storage of election documents and announcements	36
§ 29	The storage of election documents	36
§ 30	The announcement of information pertaining to the election	36
Section IX:	Final provisions	36
§ 31	Commencement / end / publication	36

Wahlordnung der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin vom 16.01.2024

Gemäß § 61 Abs. 2 Nr. 7 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG), in der Fassung vom 26.07.2011 (GVBl. S. 378), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.07.2023 (GVBl. S. 260), hat der Akademische Senat der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) folgende Ordnung erlassen:

Abschnitt I: Geltungsbereich, Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

Die Bestimmungen dieser Wahlordnung (WahlO) gelten

- a) für die Wahlen zu den zentralen Kollegialorganen, insbesondere Akademischer Senat, Erweiterter Akademischer Senat, Frauen- und Gleichstellungsrat,
- b) für die Wahlen zu den Fachbereichsräten, zum Institutsrat der Zentralinstitute, zur Dualen Kommission, zu Fachkommissionen und zu dezentralen Frauen- und Gleichstellungsräten.

§ 2 Wahlmodus

- (1) Die Wahlen gemäß § 1 sind frei, gleich und geheim.
- (2) Die Stimmabgabe erfolgt schriftlich. Briefwahl ist zulässig.
- (3) Internetbasierte Online-Wahl (elektronische Wahl) ist zulässig.
- (4) Der Zentrale Wahlvorstand beschließt, ob die Wahl als Urnenwahl mit der Möglichkeit der Briefwahl oder als internetbasierte Online-Wahl (elektronische Wahl) durchgeführt wird. Die elektronische Wahl ist nur dann zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gewahrt sind.

§ 3 Gruppenzugehörigkeit

(1) Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen in den Gremien gemäß § 1 werden jeweils nur von den Angehörigen ihrer Gruppe gewählt. Stichtag für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Untergliederung einer Gruppe ist der 36. Tag vor dem ersten Wahltag. Für die Gruppenzugehörigkeit von Mitgliedern, die mehreren Gruppen angehören können, ist das Beschäftigungsverhältnis, im Übrigen die Entscheidung des betroffenen Mitglieds maßgeblich. Mitglieder der Hochschule, die mehr als einer Gruppe angehören, erklären sich spätestens bis zum 36. Tag vor dem ersten Wahltag über ihre Gruppenzugehörigkeit. Bleibt eine Erklärung aus, legt der Zentrale Wahlvorstand die Zugehörigkeit zu derjenigen Gruppe fest, in der das Schwergewicht der Tätigkeit der Hochschulmitglieder liegt.

(2) Soweit Entscheidungen über Einrichtung, Veränderung oder Aufhebung von Organisationseinheiten, Fächern oder Studiengängen Auswirkungen auf Wahlberechtigung und Wählbarkeit gemäß Abs. 1 haben, ist,

abweichend von diesen Vorschriften, die künftige Zuordnung maßgebend, wenn diese spätestens mit Beginn der Amtszeit der zu wählenden Gremien wirksam wird. Dies gilt auch für Entscheidungen mit Bedeutung über die Struktur der bestehenden HWR Berlin hinaus. § 6 Abs. 4 findet entsprechende Anwendung.

§ 4 Personalisierte Verhältniswahl, Mehrheitswahl

(1) Die Mitglieder der Gremien gemäß § 1 werden, sofern mehrere Vertreterinnen oder Vertreter einer Gruppe zu wählen sind, nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl, wenn nur ein Wahlvorschlag eingereicht wird.

(2) Bei der personalisierten Verhältniswahl wird eine Liste gewählt, indem die Wählerin oder der Wähler einen der auf dem Stimmzettel aufgeführten Listenbewerberinnen oder Listenbewerber kennzeichnet. Die Kennzeichnung gilt für die Bewerberin oder den Bewerber und zugleich für die Liste, der sie oder er angehört. Die Sitze werden auf die Listen im Verhältnis der Gesamtzahl der auf die Liste entfallenen Stimmen nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (Hare / Niemeyer) verteilt. Bei gleichen Dezimalzahlen ist die niedrigere Losnummer gemäß § 15 Abs. 2 maßgebend. Innerhalb einer Liste ist für die Vergabe von Sitzen die Reihenfolge der Bewerberinnen oder Bewerber maßgebend, die sich aus der Zahl der für die aufgeführten Bewerberinnen oder Bewerber abgegebenen Stimmen ergibt; bei Stimmgleichheit ist der niedrigere Listenplatz auf dem Wahlvorschlag maßgebend.

(3) Bei der Mehrheitswahl hat die Wählerin und der Wähler so viele Stimmen, wie Sitze oder Ämter zu vergeben sind. Stimmenhäufung ist unzulässig. Soweit das Berliner Hochschulgesetz oder die Hochschul-Wahlgrundsätze-Verordnung nichts Anderes vorschreiben, ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch, wenn bei einer Wahl gemäß Abs. 2 nur ein Mandat zu vergeben ist, oder, wenn nur ein Wahlvorschlag vorgelegt wird. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, falls weniger Mandate zur Verfügung stehen als mit gleicher Stimmzahl gewählte Bewerberinnen oder Bewerber vorhanden sind.

(4) Für Wahlen, die innerhalb von Gremien stattfinden, gelten, soweit im Berliner Hochschulgesetz, in der Hochschul-Wahlgrundsätze-Verordnung oder in dieser Ordnung nichts Anderes bestimmt ist, die jeweiligen Geschäftsordnungen ergänzend; § 47 BerlHG findet entsprechende Anwendung. Funktionsträgerinnen und Funktionsträger werden von allen Mitgliedern des Gremiums gewählt. Briefwahl ist für Wahlen in Gremien nicht zulässig.

(5) Einer Wahl bedarf es nicht, wenn die Zahl der Angehörigen einer Gruppe gleich oder geringer ist als die Zahl der ihr zustehenden Mandate.

§ 5 Ablauf von Fristen

(1) Soweit in dieser Wahlordnung Fristen enthalten sind, enden sie am letzten Tag um 14 Uhr. Endet eine Frist an einem Sonnabend, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, so ist für die Fristwahrung der nächste Arbeitstag, bei rückläufiger Fristberechnung der vorhergehende Arbeitstag, maßgebend. Als Arbeitstage im Sinn dieses Absatzes gelten die Tage Montag bis Freitag, insoweit sie nicht Feiertage sind.

(2) Fristen werden nur durch die akademischen Weihnachtsferien (vom Akademischen Senat festgesetzte vorlesungsfreie Zeit – veröffentlicht im Mitteilungsblatt / Bulletin der HWR Berlin) gehemmt.

(3) Der Wahlvorstand kann bei Wahlen, die innerhalb eines Gremiums durchzuführen sind, die Fristen bis auf ein Viertel der in dieser Ordnung bestimmten Zeit kürzen. Dies gilt nicht für die Einlegung von Einsprüchen.

Abschnitt II: Wahlrecht

§ 6 Aktives und passives Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt ist, wer bei Ablauf der Frist zur Abgabe der Wahlvorschläge und am Wahltag Mitglied der HWR Berlin ist. § 3 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung. Bei Wahlen, die innerhalb von Gremien stattfinden, folgt die Wahlberechtigung der Mitgliedschaft im Gremium.

(2) Beurlaubte Hochschulmitglieder bleiben wahlberechtigt bis zum Ende des auf die Gewährung des Urlaubs folgenden Semesters. Dauert die Beurlaubung fort, so ruht die Wahlberechtigung bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Beurlaubung. Dies gilt nicht bei Beurlaubungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz (BEEG). Werden Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer gemäß § 45 Abs.1 Satz 2 Nr. 1 Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin - Berliner Hochschulgesetz (BerLHG) zur Ausübung wissenschaftlicher Tätigkeiten im öffentlichen Interesse beurlaubt, bleiben sie während der gesamten Dauer der Beurlaubung wahlberechtigt. Hauptberufliche Hochschulleitungsmitglieder sind ungeachtet einer Beurlaubung wahlberechtigt.

(3) Werden Entscheidungen gemäß § 3 Abs. 2 nach Eröffnung des Wahlverfahrens, jedoch vor dem Wahltag, getroffen, so ist der Wahlvorstand, sofern er hierauf in der Wahlbekanntmachung hingewiesen hat, berechtigt, die betreffenden Personen aus dem Wählerverzeichnis und aus den Wahlvorschlägen zu streichen. Die Gültigkeit der Wahlvorschläge bleibt im Übrigen davon unberührt.

(4) Wählbar sind die gemäß Abs. 1 wahlberechtigten Mitglieder der Hochschule. Lehrbeauftragte müssen am Stichtag für die Einreichung der Wahlvorschläge einen gültigen Lehrauftrag nachweisen. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren haben nur aktives Wahlrecht. Die Vorschriften des Abs. 3 und des § 3 Abs. 2 finden entsprechende Anwendung.

(5) Vorschriften, nach denen die Wählbarkeit von weiteren Voraussetzungen abhängig ist, bleiben unberührt.

Abschnitt III: Zentraler Wahlvorstand, Wahlkreise

§ 7 Mitglieder des Zentralen Wahlvorstands

(1) Mitglieder des Zentralen Wahlvorstands sind:

- a) drei Professorinnen und Professoren,
- b) drei akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- c) drei Studierende und
- d) drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Technik, Service und Verwaltung.

(2) Die Mitglieder des Zentralen Wahlvorstandes und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden vom Akademischen Senat auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten gewählt. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei akademische Jahre, die der studentischen Mitglieder ein akademisches Jahr.

(3) Die Mitglieder des Zentralen Wahlvorstandes sind zu gewissenhafter und unparteiischer Wahrnehmung ihres Amtes verpflichtet.

(4) Der Zentralen Wahlvorstandes wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Es bleibt der Hochschulleitung unbenommen, die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zugleich als Beauftragte oder Beauftragten für Wahlen zu bestellen.

(5) Scheidet ein Mitglied oder eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter aus dem Zentralen Wahlvorstandes aus, so wird unverzüglich eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gewählt.

(6) Bei unaufschiebbaren Angelegenheiten kann die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Zentralen Wahlvorstandes entscheiden. Auf der folgenden Sitzung des Zentralen Wahlvorstandes muss sie oder er die Eilbedürftigkeit des Beschlusses begründen.

§ 8 Wahlkreise

(1) Der Zentralen Wahlvorstandes bildet bei Wahlen zu Gremien nach § 1 Wahlkreise. Bei elektronischen Wahlen (§ 2 Abs. 3) kann darauf verzichtet werden.

(2) Die Zugehörigkeit zum jeweiligen Wahlkreis richtet sich nach dem Ort, an dem die Tätigkeit überwiegend ausgeübt wird.

§ 9 Aufgaben des Zentralen Wahlvorstands

(1) Der Zentrale Wahlvorstand ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Gremien gemäß § 1 verantwortlich. Dabei wird er von der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstandes unterstützt. Der Zentralen Wahlvorstandes nimmt die in dieser Wahlordnung genannten Aufgaben wahr und ist befugt, im Rahmen dieser Ordnung Richtlinien über die Wahlvorbereitung und -durchführung zu erlassen. Der Zentrale Wahlvorstand ist zuständig für die Bestimmung des Wahlverfahrens gemäß § 2. Die Präsidentin oder der Präsident oder ihre oder seine Stellvertreterin oder Stellvertreter ist berechtigt, an den Sitzungen des Zentralen Wahlvorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen. Sie oder er ist zu jeder Sitzung unter Angabe der Tagesordnung einzuladen.

(2) Der Zentrale Wahlvorstand bestimmt zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sowie zur Unterstützung der oder des Vorsitzenden je ein ordentliches Mitglied des Zentralen Wahlvorstandes zur Koordinatorin oder zum Koordinator für den jeweiligen Wahlkreis. Diese oder dieser ist insbesondere für die Durchführung der Wahlhandlung und der Auszählung im jeweiligen Wahlkreis verantwortlich. Koordinatorin oder Koordinator kann auch die oder der Vorsitzende des Zentralen Wahlvorstandes sein.

§ 10 Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands

(1) Zur Unterstützung des Zentralen Wahlvorstandes wird eine Geschäftsstelle eingerichtet. Die Leiterin oder der Leiter der Geschäftsstelle und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter werden von der Präsidentin oder vom Präsidenten bestellt.

(2) Die Geschäftsstelle führt die laufenden Geschäfte des Zentralen Wahlvorstandes. Sie bereitet die Wahlen auf der Grundlage der Entscheidungen des Zentralen Wahlvorstandes vor und sorgt für deren ordnungsgemäße Durchführung sowie für die Veröffentlichung der Wahlergebnisse.

(3) Die Leiterin oder der Leiter der Geschäftsstelle hat das Recht, an den Sitzungen des Zentralen Wahlvorstandes mit Rede- und Antragsrecht teilzunehmen.

(4) Die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstandes nimmt vorbehaltlich der Zuständigkeit des Zentralen Wahlvorstandes und in Absprache mit der oder dem Vorsitzenden folgende Aufgaben wahr:

1. Aufstellung des Terminplans
2. Anforderung und Führung von Wähler- und Wählerinnenverzeichnissen
3. Erstellung und Veröffentlichung der Wahlbekanntmachung
4. Ausgabe der Vordrucke für Wahlvorschläge
5. Entgegennahme und Vorprüfung der Wahlvorschläge
6. Vorprüfung bei Einsprüchen gegen
 - a) das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis
 - b) die Ablehnung von Wahlvorschlägen
7. Veröffentlichung der Wahlvorschläge
8. Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen
9. Entgegennahme der Briefwahlunterlagen
10. Koordinierung der Wahlhandlungen und der Stimmenauszählung
11. Niederschrift und Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

(5) Bekanntmachungen und Mitteilungen der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstandes werden an den dafür vorgesehenen Stellen sowie auf der Webseite des Zentralen Wahlvorstandes veröffentlicht, soweit in dieser Wahlordnung nichts Anderes bestimmt ist.

(6) Die Präsidentin oder der Präsident bestellt auf gemeinsamen Vorschlag der Koordinatorinnen und der Koordinatoren für die Wahlkreise und der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstandes weitere Beschäftigte, die die Geschäftsstelle während des Wahlzeitraums in ihren Aufgaben unterstützen.

Abschnitt IV: Vorbereitung der Wahl

§ 11 Wahlzeitraum

(1) Der Zentrale Wahlvorstand bestimmt im Benehmen mit der Hochschulleitung den Zeitraum, in dem die Wahl durchzuführen ist (sogenannte Wahlfrist). Er wird spätestens am 57. Tag vor dem ersten Wahltag durch die Wahlbekanntmachung hochschulöffentlich bekannt gemacht. Zugleich werden alle anderen Termine und Fristen zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl bekannt gegeben. Die Wahlen zu den Gremien gemäß § 1 finden gleichzeitig statt. Die Wahl ist so zu terminieren, dass sie noch während der Vorlesungszeit abgeschlossen werden kann. Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, sind in der Wahlbekanntmachung Beginn und Ende der Wahlfrist (erster und letzter Zeitpunkt einer möglichen Stimmabgabe) festzulegen; die Wahlfrist soll bei elektronischer Wahl sieben Arbeitstage betragen.

(2) Zugleich mit der Bekanntmachung des Wahlzeitraums werden die Wahlberechtigten zur Abgabe von Wahlvorschlägen bis zum 36. Tag vor dem ersten Wahltag aufgefordert.

§ 12 Wahlbekanntmachung

- (1) Die Wahlbekanntmachung enthält neben der Mitteilung der Wahltermine Angaben über:
1. Gegenstand und Art der Wahl,
 2. Wahlberechtigung und Wählbarkeit,
 3. Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis,
 4. Einspruch gegen das Wählerverzeichnis,
 5. Abgabefrist und Form der Wahlvorschläge,
 6. Veröffentlichung der Wahlvorschläge,
 7. Beantragung, Versand und Rücklauf der Briefwahlunterlagen,
 8. Ort und Öffnungszeiten der Wahlräume,
 9. Fristende zur Einreichung von Beiträgen zur Wahlzeitung.
- (2) Ort und Öffnungszeiten der Wahlräume sowie Näheres über die Feststellung und Veröffentlichung des Wahlergebnisses können in einer gesonderten Bekanntmachung mitgeteilt werden. Erfolgt die Wahl als elektronische Wahl (§ 2 Abs. 4) können Hinweise zur Benutzung des Wahlportals in einer gesonderten Bekanntmachung mitgeteilt werden.

§ 13 Wählerinnen- und Wählerverzeichnis

- (1) Für Wahlen, die nicht in Gremien stattfinden, erstellt die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands auf der Grundlage der ihr von der Hochschulverwaltung zur Verfügung gestellten Angaben ein nach Mitgliedergruppen gemäß § 45 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 bis 4 BerlHG gegliedertes Wählerinnen- und Wählerverzeichnis. Es enthält Vor- und Familiennamen, Wahlberechtigung nach § 14 Abs. 6, Geburtsdatum, bei Studierenden Fachbereich, Studiengang und Matrikelnummer. Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis wird elektronisch und getrennt nach Gruppen geführt.
- (2) Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis wird 14 Tage zur Einsicht ausgelegt; das ausgelegte Exemplar enthält keine Geburtsdaten. Bei einer elektronischen Wahl (§ 2 Absatz 4) kann die Auslage auch elektronisch geschehen. Eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter kann während der Auslegungsfrist beim Zentralen Wahlvorstand schriftlich Einspruch gegen das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis ihrer oder seiner Gruppe einlegen. Soweit die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind, hat die oder der Einsprechende die erforderlichen Nachweise beizubringen.
- (3) Der Zentrale Wahlvorstand entscheidet über die Einsprüche. Die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands nimmt die Berichtigungen des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses vor, die auf Grund der Einsprüche oder eigener Feststellung erforderlich sind.
- (4) Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis wird von der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands vier Tage vor dem Beginn der Wahl abgeschlossen. Danach können Wahlberechtigte nicht mehr nachgetragen oder gestrichen werden. Es dürfen nur noch offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen von Amts wegen durch den Zentralen Wahlvorstand berichtigt werden.
- (5) Im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis ist die Ausstellung von Wahlscheinen vor Beginn der Wahlhandlungen zu vermerken.

§ 14 Wahlvorschläge

- (1) Die Frist zur Abgabe von Wahlvorschlägen endet am 36. Tag vor dem ersten Wahltag. Nach Ablauf dieser Frist kann eine Wahlbewerbung nicht mehr zurückgezogen werden.
- (2) Wahlvorschläge können mit einem Namen von höchstens 35 Anschlägen versehen werden. Der Name darf keine rechtswidrigen oder zu Verwechslungen führenden Begriffe enthalten, andernfalls wird er insoweit gestrichen. Bei elektronischer Wahl kann der Zentrale Wahlvorstand einen Zeitpunkt bestimmen, bis zu dem Wahlvorschläge mit einem Namen versehen werden können oder dieser geändert werden kann.
- (3) Wahlvorschläge können als Einzelkandidaturen oder als Liste aufgestellt werden.
- (4) Wahlvorschläge müssen über jede Bewerberin oder jeden Bewerber folgende Angaben enthalten:
 - a) Vor- und Familienname
 - b) Organisationseinheit
 - c) bei Studierenden auch die Matrikelnummer
 - d) die E-Mail-Adresse des von der HWR Berlin zur Verfügung gestellten E-Mail-Postfachs.Bei einer Urnenwahl stellt die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands Formblätter zur Verfügung auf denen jede Bewerberin und jeder Bewerber mit eigenhändiger Unterschrift seine Kandidatur bestätigt. Im Fall der elektronischen Wahl legt der Zentrale Wahlvorstand in der Wahlbekanntmachung fest, ob
 1. eine verbindliche Kandidatur durch die Bewerberinnen und Bewerber durch Eintragung ihrer Kandidatur in einem Wahlportal oder
 2. durch einen Scan ihrer eigenhändigen Unterschrift in einem in der Wahlbekanntmachung festgelegten Dateiformat per E-Mail an den Zentralen Wahlvorstanderfolgt. Bei einer elektronischen Wahl können weniger als die in Satz 1 geforderten Angaben verlangt werden, wenn die Identifikation der Person gesichert ist.
- (5) Jede Bewerberin und jeder Bewerber kann sich zur Wahl für ein bestimmtes Gremium nur innerhalb eines Wahlvorschlags bewerben. Anderenfalls wird sie oder er auf sämtlichen Wahlvorschlägen gestrichen.
- (6) Zum zentralen Frauen- und Gleichstellungsrat und den dezentralen Frauen- und Gleichstellungsräten können nur weibliche Mitglieder der jeweiligen Gruppe kandidieren und sind nur weibliche Mitglieder der jeweiligen Gruppe wahlberechtigt.

§ 15 Zulässigkeit von Wahlvorschlägen

- (1) Der Zentrale Wahlvorstand beschließt über die Zulässigkeit der Wahlvorschläge. Wahlvorschläge, die den Vorschriften des § 14 nicht entsprechen oder mehrdeutig sind, dürfen nicht zugelassen werden.
- (2) Die Reihenfolge der Wahlvorschläge für Wahlen gemäß § 4 Abs. 2 (Listen) wird von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Zentralen Wahlvorstands durch Losentscheid festgelegt.
- (3) Die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands macht die zugelassenen Wahlvorschläge und die Entscheidungen über die Nichtzulassung von Wahlvorschlägen unverzüglich bekannt. Bei der Bekanntmachung werden die Angaben zu § 14 Abs. 4 Satz 1 Buchstaben c) und d) nicht veröffentlicht.
- (4) Gegen die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Wahlvorschlags kann jede oder jeder Wahlberechtigte innerhalb von fünf Tagen nach Bekanntmachung schriftlich beim Zentralen Wahlvorstands Einspruch einlegen. Einspruchsberechtigt sind Wahlberechtigte nur für ihre Mitgliedergruppe gemäß

§ 45 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 bis 4 BerlHG. Über den Einspruch entscheidet der Zentralen Wahlvorstands. Offenkundige Fehler in den Wahlvorschlägen (insbesondere mehrdeutig, zu Verwechslungen führend, unleserlich, fehlende Angaben) können im Zuge eines schriftlichen Einspruchs gemäß Satz 1 nachgebessert und dann nachträglich zugelassen werden. Der daraufhin zugelassene Wahlvorschlag muss dann ebenfalls unverzüglich bekanntgemacht werden. Hiergegen ist ein weiterer Einspruch nicht statthaft.

§ 16 Stimmzettel

- (1) Für jede Gruppe gemäß § 45 Abs. 1 BerlHG werden gesonderte Stimmzettel hergestellt. Auf ihnen sind die zugelassenen Wahlvorschläge in der gemäß § 15 festgelegten Reihenfolge aufzuführen.
- (2) Die Stimmzettel enthalten bei Wahlen gemäß § 4 Abs. 2 die Listennummer, den Listennamen sowie die Namen aller Bewerberinnen und Bewerber gemäß der Reihenfolge des Wahlvorschlages.
- (3) Stimmzettel sollen die Handlungsanweisungen auf Deutsch und Englisch enthalten. Die Listennamen sind nicht zu übersetzen.

§ 17 Wahlzeitung

Der Zentrale Wahlvorstand ermöglicht es, dass sich die Bewerberinnen und Bewerber in elektronischer Form vorstellen können. Entsprechende Vorstellungen sind bis zum 21. Tag vor dem ersten Wahltag bei der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstandes einzureichen. Näheres regelt die Wahlbekanntmachung.

Abschnitt V: Wahlhandlung und Feststellung des Wahlergebnisses

§ 18 Briefwahl

(1) Will die oder der Wahlberechtigte durch Briefwahl mit Zusendung der Briefwahlunterlagen wählen, muss der Antrag spätestens bis zum 20. Tag vor dem ersten Wahltag bei der Geschäftsstelle des ZWV eingehen. Der Zentrale Wahlvorstand kann im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle des ZWV beschließen, dass dieser Antrag auch oder nur auf elektronischem Wege gestellt werden kann. Die Briefwahlunterlagen werden an die im Antrag angegebene Adresse gesandt. Die Versendung erfolgt spätestens am 12. Tag vor Beginn der Wahl.

Bei persönlicher Abholung der Briefwahlunterlagen kann der Antrag auf Briefwahl bis zum 5. Tag vor der Wahl bei der Geschäftsstelle des ZWV schriftlich gestellt werden. Ist nach Ablauf der Frist gemäß Satz 1 die Wählerin oder der Wähler aus von ihr oder ihm nicht zu vertretenden Gründen gehindert an der Urnenwahl teilzunehmen, so kann die Geschäftsstelle des ZWV auf Antrag die Briefwahlunterlagen bis zum Tag vor der Wahl aushändigen. Der Antrag ist zu begründen.

- (2) Briefwahlunterlagen sind:
 - a) der Wahlschein,
 - b) der oder die Stimmzettel,
 - c) der Stimmzettelumschlag (Wahlumschlag) und
 - d) der Briefwahlumschlag (Umschlag für die Rücksendung der Briefwahlunterlagen).

- (3) Wer durch Briefwahl wählt, kennzeichnet persönlich seinen oder seine Stimmzettel, legt diesen oder diese in den Wahlumschlag, klebt ihn zu und legt den Wahlumschlag zusammen mit dem Wahlschein in den Briefwahlumschlag. Auf dem Wahlschein muss die oder der Wahlberechtigte durch ihre oder seine Unterschrift versichern, dass sie oder er den oder die Stimmzettel eigenhändig gekennzeichnet hat.
- (4) Die Ausstellung eines Wahlscheins verpflichtet nicht zur Ausübung des Wahlrechts in Form der Briefwahl. Die Ausübung in Form der Urnenwahl ist dann aber nur gegen Abgabe des Wahlscheins möglich.
- (5) Sämtliche Risiken, welche mit dem Postversand des Wahlscheins und der etwaigen Rücksendung des Briefwahlumschlags verbunden sind, gehen zu Lasten der oder des Wahlberechtigten. Als nicht zustellbar zurückgesandte Wahlscheine werden nicht erneut versandt.

§ 19 Auswertung von Briefwahlumschlägen

- (1) Der Briefwahlumschlag muss bis zur Schließung der Wahllokale bei der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands eingegangen sein oder während der Wahlhandlung bei der jeweiligen Wahlleitung abgegeben werden. Erfolgt die Wahl als elektronische Wahl, muss der Briefwahlumschlag bis zum Ablauf der Wahlfrist gemäß § 11 bei der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands eingegangen sein.
- (2) Ein Mitglied des Zentralen Wahlvorstandes öffnet die zurückgesandten und weitere, im Wahllokal eingegangene Briefwahlumschläge unmittelbar nach Eröffnung der Urnenwahl; danach eingehende Briefwahlumschläge werden gleichfalls bis zum Abschluss der Wahlhandlung unverzüglich geöffnet. Die Protokollführerin oder der Protokollführer vermerkt die Wahlbeteiligung im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis und wirft den verschlossenen Wahlumschlag in die Wahlurne.
- (3) Wer Briefwahl beantragt hat, muss bei einer Stimmrechtsausübung in Form der Urnenwahl den persönlichen Wahlschein vorlegen und abgeben. Wer Briefwahl beantragt hat, muss bei einer Stimmrechtsausübung in Form der Elektronischen Wahl den persönlichen Wahlschein vor Beginn der Wahlfrist abgeben.
- (4) Trifft ein Briefwahlumschlag verspätet ein, so vermerkt ein Mitglied des Zentralen Wahlvorstands dies auf dem zugehörigen Wahlschein. Der zugehörige Wahlumschlag ist ungeöffnet zu vernichten. Auch dies wird auf dem zugehörigen Wahlschein vermerkt. Die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands nimmt den Wahlschein zu den Akten.
- (5) Die Briefwahl ist im Falle der Nichteinhaltung von § 18 Abs. 3 ungültig, insbesondere
1. wenn der Wahlschein fehlt oder nicht unterschrieben ist
 2. wenn der Stimmzettelumschlag unverschlossen ist.
- (6) Die Gründe der Zurückweisung sind in den Wahlunterlagen und im Protokoll zu vermerken; die zugehörigen Stimmzettelumschläge sind ungeöffnet zu vernichten.
- (7) Enthält ein Stimmzettelumschlag weniger Stimmzettel als vorgesehen, so sind die abgegebenen Stimmzettel gültig. Enthält ein Stimmzettelumschlag mehr Stimmzettel als vorgesehen, so gelten mehrere gleichartige Stimmzettel, wenn ihre Kennzeichnung gleichlautend ist oder nur ein Stimmzettel gekennzeichnet ist, als eine Stimme, andernfalls sind sie ungültig.

§ 20 Urnenwahl, Wahlhandlungen, Hausrecht, Protokoll

(1) Der Zentrale Wahlvorstand benennt für die Durchführung der Urnenwahlen Wahlleitungen, die aus Angehörigen aller Gruppen gemäß § 45 BerlHG bestehen sollen und neben den Mitgliedern des Zentralen Wahlvorstands auch weitere Personen als Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer umfassen. Der Zentrale Wahlvorstand legt gleichzeitig fest, welche Mitglieder der Wahlleitung als Wahlvorsteherin oder Wahlvorsteher und als Protokollführerin oder Protokollführer tätig werden.

(2) In den Wahlräumen ist jede Wahlwerbung untersagt. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher übt im Wahlraum das Hausrecht im Auftrag der Leiterin oder des Leiters der Hochschule aus. Während der Wahlhandlung soll im Wahlraum stets eine dem Zentralen Wahlvorstand angehörende Person anwesend sein. Die Wahlleitung hat dafür zu sorgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt und dass sich in der Wahlkabine nicht mehr als eine Wählerin oder ein Wähler aufhält.

(3) Beim Betreten des Wahlraums legt die Wählerin oder der Wähler der Wahlleitung ihren oder seinen Personalausweis, einen anderen mit einem Lichtbild versehenen gültigen amtlichen Ausweis und ggf. ihren oder seinen Wahlschein vor, soweit die Person der Wahlleitung nicht persönlich bekannt ist. Die Wählerin oder der Wähler erhält den bzw. die Stimmzettel, begibt sich in die Wahlkabine und kennzeichnet dort den bzw. die Stimmzettel. Die Protokollführerin oder der Protokollführer stellt den Namen der Wählerin oder des Wählers im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis fest und vermerkt dort die Stimmabgabe. Danach wirft die Wählerin oder der Wähler den bzw. die Stimmzettel in die Wahlurne.

(4) Über die Wahlhandlung ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Beginn und Ende der Wahlhandlung,
2. Mitglieder der Wahlleitung und ihre jeweiligen Anwesenheitszeiten,
3. Zahl der abgegebenen Briefwahlumschläge,
4. erhaltene und übergebene Wahlunterlagen und
5. besondere Vorkommnisse.

§ 21 Elektronische Wahl

(1) Soweit das Wahlergebnis und die Sicherheit der Feststellung des Wahlergebnisses nicht beeinträchtigt werden, kann nach Beschluss des Zentralen Wahlvorstands die Wahl als elektronische Wahl erfolgen. In diesem Fall bestimmt der Zentrale Wahlvorstand das Verfahren unter Beachtung der in dieser Wahlordnung niedergelegten Grundsätze.

(2) Für die elektronische Wahl erhalten die Wahlberechtigten durch die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands ihre Wahlunterlagen zugesandt. Diese bestehen aus dem Wahlschreiben mit den Zugangsdaten sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und der Nutzung des Wahlportals. Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf eines elektronischen Stimmzettels. Soweit innerhalb der einzelnen Gruppen Zugangsdaten genutzt werden, die den Wahlberechtigten bereits bekannt sind, entfällt die vorgenannte Zusendung. Informationen zur Durchführung der Wahl sowie zur Nutzung des Wahlportals werden in diesem Fall auf den Internetseiten der Hochschule zur Verfügung gestellt.

(3) Die Stimmabgabe erfolgt in elektronischer Form. Die Authentifizierung der Wahlberechtigten am Wahlportal erfolgt durch die Eingabe der im Wahlschreiben genannten bzw. der ihr oder ihm bereits bekannten Zugangsdaten. Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den im Wahlschreiben bzw. im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusenden. Dabei ist durch das

verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abzubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch den Wähler zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für den Wähler am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

(4) Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme der Wählerin oder des Wählers in dem von ihr oder ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

(5) Die Stimmabgabe in elektronischer Form ist während der regulären Öffnungszeiten auch in der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands möglich. Dies gilt nicht im Fall einer vollständigen oder teilweisen Einstellung des generellen Betriebs auf dem Campus der Hochschule.

§ 21a Beginn und Ende der Elektronischen Wahl

Beginn und Beendigung der elektronischen Wahl sind nur bei gleichzeitiger Autorisierung durch mindestens zwei Mitglieder des Zentralen Wahlvorstands gemäß § 7 zulässig.

§ 21b Störungen der Elektronischen Wahl

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus von der Hochschule zu vertretenen technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann der Zentrale Wahlvorstand die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.

(2) Der Zentrale Wahlvorstand hat in begründeten Einzelfällen, insbesondere bei Manipulationen oder Manipulationsversuchen sowie technischen oder mechanischen Störungen, wenn hierdurch die weitere ordnungsgemäße Durchführung der Wahl nicht gewährleistet ist, die elektronische Wahl zu unterbrechen oder abzubrechen. Wird die Wahl abgebrochen, entscheidet der Zentrale Wahlvorstand über das weitere Verfahren; § 20 gilt entsprechend.

§ 21c Technische Anforderungen

(1) Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

- (2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis technisch getrennt sein. Das Wahlverzeichnis soll auf einem hochschuleigenen Server gespeichert sein.
- (3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wähler, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahlzeiten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.
- (4) Das Übertragungsverfahren der Wahlzeiten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspä- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des Wählers sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zum Wähler möglich ist.
- (5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um unbemerkte Veränderungen der Wahlzeiten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahlzeiten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.
- (6) Die Wählerinnen und Wähler sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen für die Wahlhandlung auf den für die Wahl verwendeten Computern zu informieren; auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist zu verweisen.

§ 22 Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Die zuständigen Wahlleitungen zählen nach Abschluss der Wahlhandlung, in der Regel einen Tag nach Stimmabgabe, die abgegebenen Stimmen aus, berechnen die Mandatszuteilung und stellen das vorläufige Wahlergebnis fest, welches dem Zentralen Wahlvorstand und der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands zu übermitteln ist.
- (2) Auszählungen und Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses erfolgen öffentlich. Der Zentrale Wahlvorstand kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben gemäß Satz 1 auf andere Weise nicht gewährleistet werden kann und er dies angedroht hat.
- (3) Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, ist für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der Wahl die Autorisierung durch mindestens zwei Mitglieder des Wahlvorstands notwendig. Es sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess jederzeit reproduzierbar machen. Der Zentrale Wahlvorstand veranlasst unverzüglich nach Beendigung der elektronischen Wahl die computerbasierte hochschulöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Ergebnis durch einen Ausdruck der Auszählungsergebnisse fest, der von zwei Mitgliedern des Zentralen Wahlvorstandes abgezeichnet wird. Alle Datensätze der elektronischen Wahl sind in geeigneter Weise zu speichern. § 29 gilt entsprechend.
- (4) Die Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands macht das vorläufige Wahlergebnis unverzüglich bekannt. Die Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses erfolgt frühestens nach Ablauf der Einspruchsfrist und nach der Entscheidung über eingegangene Wahlprüfungen.

- (5) Die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses umfasst mindestens Angaben über:
- a) die Wahlbeteiligung,
 - b) die Zahl der ungültigen Stimmen,
 - c) die Zahl der auf die einzelnen Listen oder Bewerberinnen und Bewerber entfallenen Stimmen und
 - d) die Namen der gewählten Bewerberinnen und Bewerber.

§ 23 Ungültigkeit von Stimmzetteln

- (1) Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn:
- a) er nicht gekennzeichnet ist,
 - b) er erkennbar nicht von der Hochschule bereitgestellt ist,
 - c) aus seiner Kennzeichnung der Wille der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennbar ist,
 - d) er über die Kennzeichnung hinaus einen Zusatz enthält,
 - e) bei einer Wahl gemäß § 4 Abs. 2 mehr als eine Bewerberin oder ein Bewerber gekennzeichnet wurde,
 - f) bei einer Wahl gemäß § 4 Abs. 3 mehr Stimmen abgegeben wurden als Sitze oder Ämter zu vergeben sind oder
 - g) er Stimmenhäufungen im Sinne von § 4 Abs. 3 Satz 2 enthält.
- (2) Enthält ein Stimmzettelumschlag weniger Stimmzettel als vorgesehen sind, so sind die abgegebenen Stimmzettel vorbehaltlich Abs. 1 gültig. Enthält ein Stimmzettelumschlag mehr Stimmzettel als vorgesehen, so gelten mehrere gleichartige Stimmzettel als eine Stimme, wenn ihre Kennzeichnung gleichlautend ist oder nur ein Stimmzettel gekennzeichnet ist; anderenfalls sind sie ungültig.

Abschnitt VI: Wahlanfechtung

§ 24 Wahlanfechtung

- (1) Wahlberechtigte können die Wahl innerhalb einer Frist von sieben Tagen nach Bekanntmachung des vorläufigen Wahlergebnisses anfechten. Die Anfechtung ist beim Zentralen Wahlvorstand schriftlich einzulegen und zu begründen.
- (2) Die Anfechtung gemäß Abs. 1 ist nicht zulässig, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller mit der gleichen Begründung Einspruch gegen das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis oder gegen einen Wahlvorschlag hätte erheben können. Wirkt sich der behauptete Verstoß nur auf die Wahl zu einem Gremium oder nur in einer Gruppe aus, so steht die Anfechtung nur Wahlberechtigten zu diesem Gremium oder der betreffenden Gruppe zu.
- (3) Die Anfechtung ist begründet, wenn Vorschriften über das Wahlrecht, über die Wählbarkeit, über das Wahlverfahren oder über die Feststellung des Wahlergebnisses verletzt wurden, es sei denn, der Verstoß war nicht geeignet, die Mandatsverteilung zu ändern.
- (4) Ist die Anfechtung begründet, so erklärt der Zentrale Wahlvorstand die Wahl ganz oder teilweise für ungültig. Ist lediglich die Feststellung des Wahlergebnisses fehlerhaft, so wird sie vom Zentralen Wahlvorstand berichtigt. Über die ablehnende Entscheidung erteilt der Zentrale Wahlvorstand einen mit Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

Abschnitt VII: Wiederholungswahlen, Mandatsnachfolge und Stellvertretung, Nach- und Neuwahlen

§ 25 Wiederholungswahl

- (1) Ist eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt worden, so ist sie nach Maßgabe der Entscheidung unverzüglich zu wiederholen.
- (2) Eine Wiederholungswahl findet nach denselben Vorschriften, denselben Wahlvorschlägen und, wenn seit der ursprünglichen Wahl das Semester noch nicht abgelaufen ist, auf Grund desselben Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses wie für die ursprüngliche Wahl statt, soweit nicht die Entscheidung gemäß § 24 hinsichtlich der Wahlvorschläge und des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses Änderungen vorschreibt. Personen, die zwischenzeitlich die Wahlberechtigung verloren haben, sind aus dem Wählerinnen- und Wählerverzeichnis, Personen, die zwischenzeitlich die Wählbarkeit verloren haben, sind aus den Wahlvorschlägen zu streichen.

§ 26 Nachwahl

- (1) Sind bei einer Wahl nicht alle zu vergebenen Mandate besetzt worden oder ist die Mehrheit der Sitze in einer Gruppe frei geworden und ist zu erwarten, dass die unbesetzten Sitze durch eine Nachwahl besetzt werden können, so findet auf Antrag eines Mitglieds der betroffenen Gruppe eine Nachwahl statt. Für die Gruppe der Professorinnen und Professoren liegt zudem ein Nachwahlgrund vor, wenn die gemäß §§ 46 Abs. 2, 47 Abs. 3 BerlHG erforderliche professorale Mehrheit nicht mehr gewährleistet ist. Dem jeweiligen Antrag ist ein Wahlvorschlag beizufügen.
- (2) Anträge auf Durchführung einer Nachwahl sind schriftlich bei der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands zu stellen, eine vorherige elektronische Einreichung ist fristwährend. Im Falle der Nachwahl wegen nicht vergebener Mandate können Anträge auf Nachwahl bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Semesterbeginn des auf die Wahl folgenden Semesters gestellt werden. Soll die Nachwahl erfolgen, weil die Mehrheit der Sitze einer Gruppe frei geworden ist, so ist der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands der Nachwahlgrund mitzuteilen; in diesem Fall gilt die Frist des Satzes 2 nicht. Anträge zur Durchführung von Nachwahlen zu Gremien können bis acht Monate vor Ablauf der jeweiligen Amtszeit gestellt werden. Der Zentrale Wahlvorstand kann beschließen, dass Nachwahlen ausschließlich als Briefwahlen durchgeführt werden. Eine Nachwahl findet nach denselben Vorschriften wie eine reguläre Wahl statt.

§ 27 Nachwahl bei nachträglicher Veränderung der Aufbauorganisation

- (1) Wird eine Entscheidung über die Errichtung, Veränderung oder Aufhebung von Organisationseinheiten, Fächern oder Studiengängen erst nach der Wahl wirksam, so sind in den betroffenen Organisationseinheiten unverzüglich Neuwahlen durchzuführen, wenn von der Entscheidung mindestens ein Drittel der Angehörigen einer Mitgliedergruppe gemäß § 45 Abs. 1 des Berliner Hochschulgesetzes in der bisherigen Organisationseinheit betroffen ist oder die Zahl der hinzutretenden Mitglieder nach der Änderung mindestens einem Drittel der betreffenden Gruppe entspricht. Die Neuwahlen finden nur in den Mitgliedergruppen statt, bei denen die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen.
- (2) Von einer Neuwahl ist abzusehen, wenn die Amtszeit des zu wählenden Gremiums wegen der nächsten allgemeinen Gremienwahl weniger als ein Semester betragen würde. Die Amtszeit der durch

Neuwahlen gebildeten Gremien endet mit dem Beginn der Amtszeit der Gremien, die durch die nächsten allgemeinen Wahlen gebildet werden.

§ 28 Mandatsnachfolge und Stellvertretung

- (1) Aus einem Gremium scheidet ein gewähltes Mitglied aus, wenn es
 1. die Mitgliedschaft in der Gruppe verliert, für die es gewählt ist,
 2. die Organisationseinheit verlässt, für die es gewählt ist,
 3. aus anderen Gründen seine Wählbarkeit verliert oder
 4. sein Mandat niederlegt.

- (2) Ist ein gewähltes Mitglied aus einem Gremium ausgeschieden, so folgt ihm, wenn es im Rahmen der personalisierten Verhältniswahl gewählt wurde, die Bewerberin oder der Bewerber nach, die oder der aus ihrem oder seinem Wahlvorschlag die nächst niedrigere Stimmenzahl erhalten hat (Nachrückerin oder Nachrücker). Für ein Gremienmitglied, das im Rahmen der Mehrheitswahl gewählt wurde, rückt die Bewerberin oder der Bewerber nach, die oder der bei der Wahl die nächstniedrigere Stimmenzahl erhalten hat. Bewerberinnen oder Bewerber, die bei der Mehrheitswahl keine Stimme erhalten haben, finden als Nachrückerin oder Nachrücker keine Berücksichtigung.

- (3) Das Ende der Amtszeit des nachrückenden Mitglieds bestimmt sich nach der des Mitglieds, für das es nachgerückt ist.

- (4) Ein Mitglied eines Gremiums kann sich, auch ohne aus dem Gremium ausgeschieden zu sein, im Verhinderungsfall in Sitzungen des Gremiums durch seine Nachrückerin oder seinen Nachrücker vertreten lassen.

Abschnitt VIII: Aufbewahrung von Wahlunterlagen und Bekanntmachungen

§ 29 Aufbewahrung von Wahlunterlagen

- (1) Die bei der Geschäftsstelle des Zentralen Wahlvorstands befindlichen Wahlunterlagen müssen bis zum Ende des Semesters, in dem die Wahl stattgefunden hat, aufbewahrt werden. Danach können sie vernichtet werden, soweit sie nicht für ein Wahlprüfungsverfahren oder einen anhängigen Rechtsstreit benötigt werden.

- (2) Soweit die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt wurde, sind die hierbei erzeugten Dateien entsprechend Abs. 1 zu sichern.

§ 30 Bekanntmachung von Wahlinformationen

Alle die Wahl betreffenden Bekanntmachungen sollen auch auf elektronischem Wege geschehen.

Abschnitt IX: Schlussbestimmungen

§ 31 Inkrafttreten / Außerkrafttreten / Veröffentlichung

- (1) Diese Wahlordnung tritt am Tag nach Ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt / Bulletin der HWR Berlin in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Wahlordnung vom 11.10.2016, geändert am 19.05.2020 und am 28.07.2020, außer Kraft.
- (3) Diese Wahlordnung wird in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

Election regulations of the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin) Date: 16.01.2024¹

In accordance with § 61 section 4 of the *Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz BerlHG)* in the version from 26.07.2011 (*GVBl.* p. 378) last amended by the law on 11.07.2023 (*GVBl.* p. 260) the Academic Senate of the Berlin School of Economics and Law (*HWR Berlin*) has issued the following admissions regulations:

Section I: Scope, general provisions

§ 1 Scope

The specifications of these election regulations (*WahlO*) apply

- a) To elections to the central staff bodies, in particular the Academic Senate, the Extended Academic Senate and the Women's and Equal Opportunities Council.
- b) To the elections to the department councils, the institut council of the *Berlin Professional School*, the co-operative studies committee, the subject committees and the decentral Women's and Equal Opportunities Councils.

§ 2 Election form

- (1) The elections conducted in accordance with § 1 are free, equal and secret.
- (2) Votes are submitted in writing. Postal voting is permitted.
- (3) An Internet-based online election (electronic election) is permissible.
- (4) The central election board will take the decision as to whether the election is to be conducted in-person or as an internet-based online ballot (electronic election) with the additional choice of casting a postal vote. An electronic election is only permissible if the basic principles of electoral law, especially the requirement for a secret and public ballot can be ensured.

§ 3 Membership of groups

- (1) The representatives of the various groups in the committees covered by § 1 are elected only by the members of their group. The date for membership of a group or subdivision of a group is the 36th day before the first election day. In determining the group membership of those members who are able to belong to multiple groups, the employment relationship and the decision of the member affected are decisive. Members of the university belonging to more than one group are to make a statement regarding their group membership by the 36th day before the first election day. If they fail to make a declaration, the Central Election Board will act to determine the membership of the respective group in which the greatest part of the activities of the university member is focussed.

¹ The English translation is for information purposes only. The German version is the original and constitutes the sole legally-binding version of this text.

(2) As far as decisions pertaining to the setup, alteration or closure of organization units, subjects or degree courses have an impact on the right to vote or the eligibility to stand for election in accordance with section 1, the question of group membership will be resolved (in deviation from this specification) by the future membership, as long as this becomes effective with the start of the period of office of the committee to be elected. This also applies to decisions of significance for the structure of the existing *HWR Berlin*. § 6 section 4 applies accordingly

§ 4 Personalized proportional representation, majority voting

(1) If multiple representatives of a group are to be elected, the members of the bodies covered by § 1 will be elected by personalized proportional representation. The election is performed in accordance with the principles of majority voting, if only one nomination has been submitted.

(2) In the case of personalized proportional representation, the election will be conducted from a list; the voters will mark their preference against a list of candidates. The marking applies to both the candidate and the list to which they belong. The number of mandates awarded to each list will accord to the number of votes received by each list in accordance with the principles of mathematical proportionality (Hare / Niemeyer). Given identical decimal points, the lowest batch number is decisive in accordance with § 15 section 2. Mandates are allocated to candidates in the order in which the persons appear on the list; the number of mandates allocated to each list depends on the number of votes cast for this list. In the case of a tie in the number of votes cast, the lower list place on the candidate proposal is decisive.

(3) In the case of a majority vote, the voter holds as many votes as there are mandates or offices to be filled. Cumulative voting is prohibited. Unless otherwise specified by the provisions of *the Berliner Hochschulgesetz* or the *Hochschul-Wahlgrundsätze-Verordnung*, the candidate receiving the largest number of votes is duly elected. Sentences 1 to 3 also apply if an election conducted in accordance with section 2 is to fill only one position, or if only a single candidate is standing. Following a tie, the election is decided by drawing lots, should fewer mandates be available than the available number of candidates with the identical number of votes.

(4) Unless the *Berliner Hochschulgesetz*, the *Hochschul-Wahlgrundsätze-Verordnung* or these regulations contain specifications to the contrary, elections performed within committees are subject to the provisions of the respective standing regulations; § 47 BerLHG also applies accordingly. Functionaries are to be elected by all the members of the committee. A postal vote within committees is not permissible.

(5) An election is not necessary, if the number of committee members is lower than the number of positions on that committee.

§ 5 The expiry of deadlines

(1) Any deadlines specified in these regulations expire at 14.00 on the last day. Should a deadline end on a Saturday, Sunday or public holiday, the deadline ends on the following working day; in the case of a regressive calculation of a deadline, the previous working day. A working day as defined by this section are the days Monday to Friday, unless these are public holidays.

(2) Deadlines are restricted only by the academic Christmas holidays.

(3) In the case of elections which are to be held within a committee, the election board can act to shorten deadline periods by up to a quarter of the duration of the time specified in these regulations. This does not apply to the lodging of objections.

Section II: The franchise

§ 6 The active and passive franchise

(1) The franchise includes all those members of the Berlin at the point at which the deadline for submission of the nominations expires and on the day of the election. § 3 section 2 applies accordingly. The franchise for elections held within committees encompasses all the members of this committee.

(2) Member of the university on leave remain enfranchised until the end of the semester following their leave. Should the leave continue, their franchise remains inactive until the end of their leave. This does not apply to leave granted in accordance with *Bundeserziehungsgeldgesetz* (BEEG). Should university lecturers be granted leave so as to perform an academic task in the public interest in accordance with § 45 section 1 sentence 2 no. 1 *Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin - Berliner Hochschulgesetz* (BerlHG) they remain enfranchised for the entire duration of their leave. Full-time members of the university are enfranchised regardless of their leave.

(3) If decisions taken in accordance with § 3 section 2 after the opening of the election proceedings, but before the day of the vote, the election board is authorized (as far as they have stated this power on the announcement of the election) to remove the persons affected from the electoral roll and the electoral lists. The validity of the other nominations remains unaffected by this provision.

(4) All enfranchised members of the university as specified as by section 1 can stand for election. Part-time lecturers must provide proof of a valid teaching assignment by the deadline for submitting nominations. Honorary professors only have an active franchise. The specifications of section 3 and § 3 section 2 apply accordingly.

(5) Specifications which make eligibility to stand for election dependent upon further preconditions remain unaffected.

Section III: The Central Election Board, constituencies

§ 7 Members of the Central Election Board

(1) The Central Election Board (CEB) is composed of:

- a) Three professors
- b) Three members of academic staff
- c) Three students
- d) Three other members of staff

(2) The members of the Central Election Board and their deputies are elected by the Academic Senate following the suggestion of the President. The members of the board are generally appointed for three years; student members are appointed for one year.

- (3) The members of the Central Election Board are to perform their duties to the best of their abilities and in an unpartisan manner.
- (4) The CEB elects a chair and a deputy from amongst their membership. The University Management is free to appoint the chair of the CEB as the election supervisor.
- (5) Should a member or their deputy leave the CEB, a replacement is to be elected immediately.
- (6) Urgent matters can be resolved by decision of the CEB chair. The use of this power must be justified at the following meeting.

§ 8 The constituencies

- (1) In the case of elections to committees, the CEB is to draw up constituencies in accordance with § 1. This can be waived for electronic elections (§ 2 section 3).
- (2) The membership of the various constituencies is determined by the location at which the activity is predominantly performed.

§ 9 The tasks of the Central Election Board

- (1) The Central Election Board (CEB) is responsible for the correct preparation for and procedure of the elections to committees in accordance with § 1. It will be supported by the office of the CEB. The CEB performs all the tasks specified in these election regulations and is authorized to issue directives regarding the preparation and implementation of the elections within the framework of the specifications of these regulations. The central election board is responsible for determining the election procedure in accordance with § 2. The President or their deputy is authorized to take part in meetings of the CEB in an advisory capacity. As such, the President is to be invited to every meeting. The invitation is to specify the items on the agenda.
- (2) The CEB will appoint a regular member of the board to prepare and implement the elections and a further such member to provide support to the chair. They will be appointed as co-ordinator for the respective constituency. In particular, this (these) person(s) is (are) responsible for organizing the election and the count in their respective constituency. These co-ordination roles can also be performed by the chair of the CEB.

§ 10 The office of the Central Election Board

- (1) An office is to be established to assist the activities of the Central Election Board (CEB). The manager of the CEB office and their deputy are appointed by the President.
- (2) The office will administer the current business of the CEB. They prepare the elections on the basis of the decisions of the CEB and ensure their correct implementation. They are also responsible for the publication of the election results.
- (3) The head of the office is authorized to participate in the meetings of the CEB. S/he has the right to submit motions and to speak.

(4) Subject to the oversight of the CEB and in consultation with the CEB chair, the office of the CEB performs the following tasks:

1. Drawing up the timetable
2. Requesting and maintaining the electoral roll
3. Drafting and publication of the election announcement
4. Issuing forms for the nominations
5. Receipt of the nominations and performing preliminary checks of them
6. Performing preliminary checks of objections lodged against
7. The electoral roll
8. Rejected nominations
9. The publication of nominations
10. The issue of postal ballots
11. The receipt of postal ballots
12. The co-ordination of the elections and the count
13. The recording and announcement of the election result.

(5) Unless these regulations specify otherwise, announcements and communications of the office of the CEB will be published at the locations intended for this purpose and on the internet page of the CEB.

(6) Working on the joint suggestion of the co-ordinator of the constituencies and the office of the CEB, the President will appoint further members of staff to the office of the CEB during the period of the election to support it in its tasks.

Section IV: Preparing the election

§ 11 The election period

(1) The Central Election Board works in consultation with the University Management to determine the election period. It is to be announced through the usual university channels 50 days before the first polling day at the latest. All dates and deadlines for the preparation and implementation of the elections are to be announced at the same time. The elections to the committees in accordance with § 1 are performed at the same time. The election is to be placed on such a date that it can be completed during the teaching period. If the election is conducted as an electronic election, the announcement of the election is to specify the start and finish of the election period (the first and last point at which it is possible to cast a vote); the election period for an electronic election should be seven working days.

(2) At the same time as the announcement of the election period, those eligible to vote will be called upon to submit nominations by the 36th day before the first polling day. If the election is performed as an electronic election, the instructions for using the election portal can be communicated in a separate announcement.

§ 12 The announcement of the election

- (1) The announcement of the election is to specify the date of polling and information regarding the:
1. Subject and nature of the election
 2. The franchise and eligibility to stand for election
 3. Access to the electoral roll
 4. Objections to the electoral roll
 5. The deadline for submission of the nominations and the form of their submission
 6. The publication of nominations
 7. The application for, dispatch of and return of the postal ballots
 8. The location and opening times of the polling stations
 9. The deadlines for the submission of contributions to the election newspaper
- (2) The location and opening times of the polling stations and further details regarding the determination and publication of the election result can be made in a separate announcement. Should the election be conducted as an electronic election (§ 2 section 2), instructions as to the use of the election portal can be issued in a separate announcement.

§ 13 Electors and the electoral roll

- (1) Working on the basis of the information provided by the university administration and in accordance with § 45 section 1 sentence 2 no. 1 to 4 BerlHG, the office of the CEB will prepare for elections which do not take place in the committees by drawing up an electoral roll divided into membership groups. This list consists of the forename and surname, the right to vote in accordance with § 14 section 6 and date of birth. Students will also be listed with their department, degree course and matriculation number. The electoral register will be maintained electronically and according to separate groups.
- (2) The electoral roll will be made available for general viewing for 14 days. In the case of an electronic election (§ 2 section 4), the ballot papers can also be displayed electronically. The version for public viewing will not provide any dates of birth. A voter can lodge an objection to the electoral roll of their respective group during the viewing period. This is to be made in writing to the Central Election Board. Unless the objection is self-evident, the objection must be accompanied by proof.
- (3) The Central Election Board will issue a ruling regarding the objection. The office of the CEB is to undertake any corrections of the electoral roll as required by a substantiated objection or their own discovery.
- (4) The electoral roll is concluded by the office of the CEB four days before the start of the election. After this point, the roll cannot be altered. The central election board is permitted to act in an ex officio capacity to correct obvious errors, discrepancies or misprints only.
- (5) A record is to be made in the electoral roll of issuing of polling cards before the start of the election procedure.

§ 14 Nominations

(1) The deadline for the submission of nominations is the 36th day before the first polling day. A nomination cannot be rescinded after this deadline.

(2) Nominations can be made with a name that must not exceed 35 characters. The name on the nomination must not include any illegal content or be so ambiguous as to result in confusion of identity. Should this be the case, the nomination will be removed. In the case of an electronic election, the Central Election Board can determine a time by which nominations can be provided with a name or by which this name can be changed.

(3) Nominations can be made in the form of single candidates or a list.

(4) Nominations must include the following information relating to the applicant:

- a) Fore and surname
- b) The organizational unit
- c) Enrolment number (for students)
- d) The e-mail address of the e-mail inbox provided by the HWR Berlin

Given an election by paper ballot, the office of the Central Electoral Board will provide forms on which each candidate is to confirm their candidature with their own signature. In the case of an electronic election, the Central Electoral Board will establish in the election notice whether

1. A binding candidature requires an entry in an election portal or
2. Candidates are required to submit a handwritten signature by e-mail to the Central Electoral Board in a file format specified in the election notice.

Given an electronic election, less information than that required in sentence 1 can be requested if the identification of the person is ensured.

(5) A candidature for a place on a committee is only possible following a nomination. No candidates without nominations will be accepted.

(6) Nominations to the central Women's and Equal Opportunities Council and decentral Women's and Equal Opportunities Councils are open only to female members of the respective group. Voting is also restricted to female members of the respective group.

§ 15 The permissibility of nominations

(1) The Central Election Board will issue a ruling regarding the permissibility of the nominations. Nominations which do not satisfy the requirements of § 14 or which are unclear will not be accepted.

(2) The order of nominations on the ballot paper made in accordance with § 4 section 2 will be decided by the chair of the CEB using a lottery.

(3) The office of the CEB will announce the accepted and rejected nominations without delay. The information provided in accordance with § 14 section 4 S. 2 c) and d) will not be published.

(4) Any enfranchised person can lodge an objection to the decisions pertaining to the permissibility of nominations within five days of their announcement. This is to be made in writing and submitted to the CEB. Objections can only be submitted by the enfranchised members of a group pertaining to their group. Membership as defined by § 45 section 1 sentence 2 no. 1 to 4 BerlHG. The CEB adjudicates over the

objection. Nominations presenting evident defects (especially illegible, missing or ambiguous markings with the potential for confusion) can be improved in accordance through a written objection made in accordance with sentence 1 and then subsequently accepted. The subsequently accepted nomination must then be announced without delay. A further objection will not be accepted.

§ 16 Ballot papers

- (1) A separate polling card will be produced for each group in accordance with § 45 section 1 BerlHG. These are to list the accepted nominations in the order decided upon in accordance with § 15.
- (2) Elections conducted in accordance with § 4 section 2 will list the list number, the list name and the names of all the candidates in accordance with the order of their nominations.
- (3) The instructions on ballot papers shall be composed in German and English. The list names are not to be translated.

§ 17 The election newspaper

The Central Electoral Board can provide candidates with the opportunity to introduce themselves in electronic form. Corresponding presentations must be submitted to the office of the Central Election Board as a Word file by the 21st day before the first day of voting at the latest. Contributions to the election newspaper must be submitted to the office of the Central Election Board as a Word file no later than 21 days before the first day of voting. Details regarding this matter are regulated in the election notice.

§ 18 Postal votes

(1) If the person entitled to vote wishes to use a postal vote, their application to this end must be made by the 20th day before the first day of voting at the latest. The application is to be sent to the office of the Central Election Board. The Central Election Board can decide in consultation with the office of the Central Election Board that the application can also or only be made in electronic form. The postal voting documents will be sent to the address specified in the application. These documents will be dispatched twelve days before the start of the election at the latest.

If the postal voting documents are to be collected in person, the application for a postal vote can be made five days before the election. The application is to be submitted in writing to the office of the Central Election Board. If the voter is prevented from voting in person by external reasons after the deadline established by sentence 1, the office of the Central Election Board can issue a postal voting documents (following an application) up to a day before the election. The application requires substantiation.

(2) Postal voting documents comprise:

1. The polling card
2. The ballot paper(s)
3. The envelope for the ballot paper
4. The postal vote envelope (the envelope for the return of the postal voting documents).

(3) Postal voters are to sign their ballot paper, place it in the envelope, seal the ballot envelope and insert it together with the polling card in the postal vote envelope. The person entitled to vote must sign the polling card to state that they have made their vote in their own hand.

(4) The issue of a polling card does not oblige the voter to submit a postal vote. The voter may cast their vote in person, but only upon the presentation of the polling card.

(5) The voter carries all the risks involved with the post - the dispatch of the polling card and the return of the postal vote envelope. Polling cards sent to the voter which they do not receive for whatever reason will not be dispatched again.

§ 19 The examination of postal vote envelopes

(1) The postal vote envelope must have been delivered to the office of the Central Election Board by the time that the polling stations have closed or have been handed to the returning officer of the relevant supervisory group during voting. If the election is performed as an electronic election, the postal vote envelope must have been received by the office of the Central Election Board by the election deadline in accordance with § 11.

(2) A member of the Central Election Board will open all returned postal vote envelopes and any further postal vote envelopes submitted at the polling station immediately after voting has begun; any further postal votes received in the course of voting will be opened immediately.

The secretary will record the participation of the voter in the electoral register and will place the sealed envelope containing the ballot envelope in the ballot box.

(3) Applicants for a postal vote who later decide to vote using the electronic form are required to return their personal polling card before the start of the election period.

(4) If a postal vote envelope is received after the deadline, this will be noted on the polling card. This is to be performed by a member of the Central Election Board. The ballot envelope is to be destroyed unopened. This will also be recorded on the appendant polling card. The office of the Central Election Board will store the polling card in their records.

(5) The postal vote is invalid if the provisions of § 18 section 3 are not complied with, in particular:

1. If the polling card is missing or has not been signed
2. If the envelope containing the ballot paper envelope has not been sealed.

(6) The reasons for rejecting the postal vote are to be recorded in the electoral documents and in the records; the appendant ballot paper envelopes are to be destroyed unopened.

(7) Should a ballot paper envelope contain fewer ballot papers than is intended, the votes cast will be valid. If an envelope contains more ballot papers than is intended, multiple ballot papers completed in an identical manner will be counted as a single vote. Should an envelope contain multiple ballot papers, of which only one has been completed, this vote will be accepted as valid. Any other combinations will be considered as invalid.

Section V: The election and the determination of the result

§ 20 In-person election, the actions of voting, domestic authority, records

(1) The Central Election Board will appoint election supervisors to conduct polling. These will be drawn from members of all groups in accordance with § 45 BerlHG. In addition to members of the Central Election Board, this will also include further persons to act as their assistants. The election board will also determine which members of the supervisory group are to act as the returning officer and the secretary.

(2) Election campaigning is forbidden in any of the polling rooms. The returning officer wields domestic authority in the polling room on behalf of the University management. A member of the Central Election Board must be present in the room at all times during voting. The supervisory group is to ensure that the election secrecy is maintained at all times and that not more than a single voter is present in a voting booth at any time.

(3) When entering the polling room, the voter is to present the returning officer with official proof of identity (with a photograph); if they are not acquainted with the returning officer, they are also to present their polling card. The voter will be given a ballot paper; they are to enter the polling booth, where they will vote. The secretary is to determine their name and then record the fact of their having voted in the electoral roll. The voter is then to put their ballot paper in the urn.

(4) A record is to be kept of the election. This record is to include the following minimum points:

1. The start and end of the election
2. The members of the supervisory committee and the times at which they were present
3. The number of postal vote envelopes submitted
4. The number of voting records received and issued
5. Any incidents

§ 21 Electronic election

(1) The Central Election Board can decide that the election can be conducted as an electronic election as long as the election result and the security of its determination are not affected by its modalities. In this case, the Central Election Board will determine the form of the procedure taking into account the principles established in these election regulations.

(2) Working through its office, the Central Election Board will issue all those entitled to vote in an electronic election with election documents. These consist of the ballot letter with the access data and information about the performance of the election and the use of the election portal. The election portal permits voting via the accessing of an electronic ballot paper. As far as access data is used within the individual groups, which is already known to those entitled to vote, this information will not be dispatched. In such a case, information about the election procedure and the use of the election portal will be published on the university website.

(3) Votes are cast in electronic form. Those with voting rights are authenticated on the election portal by entry of the access information specified on the ballot letter or previously known to them. The electronic ballot paper is to be completed and dispatched electronically in accordance with the instructions contained in the ballot letter or provided in the election portal. The electronic election system used must ensure that a single person cannot vote multiple times. The dispatched votes must be saved in anonymous form and must be submitted in such a way to ensure that the sequence of their receipt cannot be reconstructed. Those with

voting rights must have the opportunity to correct their vote or interrupt the voting procedure before the vote is finally cast. The casting of the vote must only be possible on the basis of an electronic confirmation to be provided by the voter. The voter must be able to recognise the fact of transmission on the screen. The vote is classed as having been cast following the provision information about the successful voting action.

(4) It is not permitted for the electronic election system to save the vote cast by the voter on the computer used by the voter. It must be ensured that it is impossible for third parties to alter submitted votes without this being noticed. The screen must cease display of the ballot paper immediately after the vote has been cast. The electronic election system used may not provide the capacity to print the ballot once it has been cast. The saving of the vote cast in the electronic ballot box must be executed in a non-comprehensible random fashion. Registration in the voting system, the selection and casting of the vote, personal data and the IP address of the person entitled to vote must not be logged.

(5) Voting in electronic form is also possible in the office of the central election board during its regular opening times. This will not be possible following a partial or complete shutdown of operations on the university campus.

§ 21a Start and end of the electronic election

The start and end of the electronic election are only possible following the simultaneous authorization of a minimum of two persons authorized to this end. Those authorized in the sense of sentence 1 are the members of the Central Election Board in accordance with § 7.

§ 21b Disruptions of the electronic election

(1) Should electronic voting prove to be impossible to perform during the election period on technical grounds which are the responsibility of the university, the Central Election Board is permitted to extend the election period. The extension must be made generally known.

(2) In certain well-founded individual circumstances, the Central Election Board must interrupt or suspend voting, especially in cases of manipulations, attempted manipulation or technical or mechanical faults, if such circumstances mean that it is impossible to guarantee the correct election procedure. If the election is interrupted, the Central Election Board will take a decision regarding the further procedure; § 20 applies accordingly.

§ 21c Technical requirements

(1) Electronic elections may only be conducted if the electronic election system used for the purpose complies with the latest technical standards, especially the safety requirements for online election products issued by the Federal Office for Information Security (*Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik*). The system must comply with the technical specifications stipulated in the following sections. Compliance with the technical requirements is to be proven by suitable documents.

(2) The electronic ballot box and electronic electoral register must be technically separated to ensure the secrecy of the ballot. The electoral register must be saved on an internal university server.

(3) The election server must be protected against attacks from the internet; only authorized access may be permitted. Authorized access includes in particular, actions to verify the right to vote, saving the vote cast by enfranchised voters, registration of the ballot casting and checking for multiple voting (election data). Suitable technical measures are to be taken to ensure that following the outage of or fault in a server or a server area that no votes can be irretrievably lost.

(4) The method by which the election data is to be transmitted is to be designed in such a way that protects it from all computer espionage or decryption attempts. The transmission channels for verifying the right of a voter to vote and for registering the casting of the ballot in the electoral register and the casting of the vote in the electronic ballot box must be separated in such a way as to ensure that the content of the vote cannot be assigned to the individual voter at any time.

(5) Data transmission must be encrypted to prevent unnoticed changes to the election data. When transmitting and processing the election data, it is necessary to ensure that it is not possible to access the content of the vote when registering it in the electoral register.

(6) The electors are to be informed of the suitable security measures to be taken on the computer which they use to vote; they are to be provided with information about free-of-charge software which they can download.

§ 22 The determination of the outcome of the election

(1) The responsible supervisory group will count the votes after completion of the voting, usually a day after polling day, will calculate the award of mandates and determine the preliminary election result. This is to be communicated to the Central Election Board and the office of the Central Election Board.

(2) The count and ascertainment of the preliminary election result are to be performed in public. The Central Election Board can exclude the public if this is the only way to ensure the performance of the tasks as defined in sentence 1. A warning to this end must have been issued prior to this action.

(3) If the election is conducted as an electronic election, the administration of the election server and in particular, the counting and archivation of the election requires the authorization of a minimum of two authorized persons in accordance with § 7. A technical infrastructure is to be provided which can ensure the reproducibility of the count at any time. After the electronic election has been completed, the Central Election Board will act immediately to start the computer-based count of the votes in a manner open to all members of the university. They will establish the result of the election using a printout of the count results which is to be signed by two members of the Central Election Board. All the data sets of the electronic election are to be saved in a suitable fashion. § 29 applies accordingly.

(4) The office of the Central Election Board is to announce the preliminary outcome of the vote as soon as possible. The earliest possible announcement of the final election result can be made after the expiry of the appeals deadline and after decisions pertaining to any appeals made.

(5) The determination of the final election result is to include the minimum information regarding:

- a) The voter turnout
- b) The number of invalid votes
- c) The number of votes cast for each list or candidate
- d) The names of the elected candidates

§ 23 Invalid ballot papers

- (1) A ballot paper is invalid if:
- a) It has not been marked
 - b) It is clear that it has not been provided by the *HWR Berlin*
 - c) It has been marked in such a way as to obscure the unambiguous preference of the voter
 - d) It contains more information than a simple marking
 - e) In an election organized in accordance with 4 section 2, it states a preference for more than one candidate
 - f) In an election organized in accordance with 4 section 3, more votes were submitted by a single voter than the number of seats or offices being contested
 - g) It represents an accumulation of votes as defined by § 4 section 3 sentence 2.
- (2) Should an envelope contain fewer ballot papers than is intended, the votes cast will be valid, subject to the provisions of section 1. If a ballot paper envelope contains more ballot papers than is intended, multiple ballot papers completed in an identical manner will count as a single vote. Should an envelope contain multiple ballot papers, of which only one has been completed, this vote will be accepted as valid. Any other combinations will be considered as invalid.

Section VI: Appeals

§ 24 Appeals

- (1) Those entitled to vote can lodge an appeal against the result of the election within a period of seven days after the announcement of the preliminary result. The appeal is to be submitted to the Central Election Board in writing. The grounds of the appeal are to be specified.
- (2) An appeal is judged to be impermissible in accordance with section 1 if the person lodging the appeal could have issued the same an objection against the nominations. Should the basis of the appeal only have had an impact on the election to a committee or a group, an appeal can only be launched by a someone with voting rights within that group.
- (3) An appeal is taken as being justified if regulations pertaining to the franchise, the eligibility to stand for election, the election procedure or the determination of the result have been infringed, unless the infringement had no impact on the distribution of the mandates.
- (4) If the appeal is held to be justified, the Central Election Board will declare the election to be partially or fully invalid. If the incorrect outcome has been determined, this will be corrected by the Central Election Board. Any notification of a rejected appeal must include instruction on the legal remedies available.

Section VII: Repeat elections, succession to a mandate and the office of deputy, by-elections and new elections

§ 25 Repeat elections

- (1) Should an election be declared as partially or entirely invalid, it is to be repeated without delay.
- (2) A repeat election is to be conducted in accordance with the same regulations using the original nominations and, if a new semester has not begun, on the basis of the same electoral roll, unless the decision made in accordance with § 24 demands changes to the nominations and the electoral roll. Those people who have since lost their right to vote are to be removed from the electoral roll. Those who no longer qualify as nominees are to be removed from the list of nominations.

§ 26 By-elections

- (1) If not all mandates open to election have not been filled; or the majority of the seats in a group become free, and it is to be expected that the vacant seats can be filled by a by-election, such an election will take place upon application by a member of this group. In the case of university lecturers, a by-election is required if the professorial majority required by §§ 46 section 2, 47 section 3 BerlHG cannot be achieved. The application is to be accompanied with a nomination.
- (2) Applications for a by-election are to be submitted to the office of the Central Election Board in writing; prior electronic submission must be effected in a timely manner. The nomination to be included must satisfy the requirements of § 14 sections 2 and 3 and contain information pertaining to the candidate as required by § 14 section 4. If a by-election is to be called because the majority of the seats in a group have become free, the office of the Central Election Board is to be informed of the reason for a by-election. In this case, the deadline set in sentence 2 does not apply. Applications for the organization of by-elections for committees can be made up to eight months before the end of the respective period of office. The Central Election Board can decide that a by-election is to be performed as a postal vote only. A by-election is held in accordance with the same regulations as a regular election.

§ 27 New elections with subsequent alteration of the organizational structure

- (1) If a decision pertaining to the establishment, alteration or closure of an organization subject or degree course is to take effect only after the election, the organizations affected are to conduct an election without delay, if the decision affects a minimum of a third of the members of a group in accordance with § 45 section 1 of *Berliner Hochschulgesetz*, or the number of members added by the change amounts to a minimum of a third of the group. The new elections are only to be conducted in the groups in which the pre-conditions of sentence 1 are fulfilled.
- (2) A new election is to be avoided if the office period of the committee to be elected would amount to less than a semester due to an impending general committee election. The period of office of the committees established by the new election come to an end with the start of the period of office of the committees which are formed by the next general election.

§ 28 Succession to a mandate and the office of deputy

- (1) An elected member of a committee leaves if
 1. They lose membership of the group which they have been elected to represent
 2. They leave the organization which they have been elected to represent
 3. They lose eligibility as representatives for other reasons
 4. They resign their mandate
- (2) If a member of a committee elected under personal proportional system leaves the committee, they are to be replaced by the candidate who received the next highest number of votes. A committee member elected under a majority system who decides to leave a committee is to be replaced by the candidate who received the next highest number of votes. Candidates who did not receive any votes under a majority system will not be considered as a replacement.
- (3) The period of office of a replacement member comes to an end at the same time as that of the person whom they have replaced.
- (4) A member of a committee can be represented by such a replacement at times when they are unable to attend. They are not required to resign their mandate.

Section VIII: The storage of election documents and announcements

§ 29 The storage of election documents

- (1) The election documents stored in the office of the Central Election Board must be retained until the end of the semester in which the election took place. The documents can be destroyed after this period unless they are required for a scrutiny procedure or associated litigation.
- (2) If the election is conducted as an electronic election, the files generated during its course are to be backed up in accordance with section 1.

§ 30 The announcement of information pertaining to the election

All announcements pertaining to the elections should be made electronically.

Section IX: Final provisions

§ 31 Commencement / end / publication

- (1) These election regulations take effect on the day after their publication in the *Mitteilungsblatt / Bulletin der HWR Berlin*.
- (2) The election regulations issued on 11.10.2016 and updated on 19.05.2020 and 28.07.2020 no longer apply from the same date.
- (3) These election regulations shall be published in German and English.